

Stephan Klecha
Bildung bekommt ein Zuhause

Stephan Klecha

Bildung bekommt ein Zuhause

Vom SAJ-Heim zur Heimvolkshochschule Springe
(1925–2025)

zu **Klampen!** 

*Trotz vieler Bemühungen konnten nicht alle FotografInnen ausfindig gemacht werden.
Sie werden gebeten, sich gegebenenfalls mit der Heimvolkshochschule Springe
in Verbindung zu setzen.*

Erschienen 2026 im zu Klampen Verlag · Röse 21 · 31832 Springe ·
zuklampen.de

© Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe e. V.

Bei Fragen zur EU-Produktsicherheitsverordnung GPSR
wenden Sie sich bitte an info@zuklampen.de.

Umschlaggestaltung: © Germano Wallmann · Gronau · geisterwort.de
nach einem Entwurf von Lennart Poehl unter Verwendung
einer Fotografie von Tobias Gombert

Satz: Germano Wallmann · Gronau · geisterwort.de

Gesetzt aus der Adobe Caslon

Druck: CPI – Clausen & Bosse · Birkstr. 10 · 25917 Leck · cpidirect.cpi-print.de

ISBN Printbuch 978-3-98737-074-8

ISBN E-Book-PDF 978-3-98737-454-8

ISBN E-Book-EPUB 978-3-98737-455-5

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen
insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG
(»Text- und Data-Mining«) zu gewinnen, ist untersagt.



Inhalt

Geleitwort von Wolfgang Jüttner	7
Einleitung	10
Prolog – die sozialdemokratische Milieuwelt der Weimarer Republik	21
Ein Heim der Arbeiterjugend entsteht	34
Missbrauch im Nationalsozialismus	54
Restitution und Neuanfang	65
Aus- und Umbau in den 1960er Jahren	102
Jahre der Bildungsdebatten und des Bildungsurlaubs	118
Konsolidierung in den 1980er Jahren	140
Nach der Wende – das Milieu erodiert	167
Der Umbau zur Expo – zwischen Aufbruch und Existenzangst	175
Die Gegenwart	204
Resümee und Ausblick	210
Anhang	
Bildteil	226
Archivalien	243
Literatur und Quellen	246
Danksagung	269
Über den Autor	271

Geleitwort von Wolfgang Jüttner

Viele gesellschaftspolitische Fragen haben ihre Aktualität nicht verloren – nur die damaligen Antworten helfen heute selten weiter! Und doch ist dies kein Grund, sich nicht mit der eigenen Geschichte zu befassen, ihren handelnden Personen, ihren Motiven, ihren Rahmenbedingungen, ihren Erfolgen und ihren Misserfolgen.

Vor 100 Jahren startete ein Projekt, in dem junge Erwachsene, politisch in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) organisiert, sich in ihrem Viktor-Adler-Heim an eine Bildungs- und Freizeitstätte aufbauten, außerhalb der Großstadt am Stadtrand von Springe auf dem Ebersberg – ein Haus mit überschaubarer Ausstattung und wenigen Schlafmöglichkeiten. Daraus ist über die Jahrzehnte – nach vielen Wirren, Krisen und Umbrüchen und auch Fremdnutzungen – mit dem Bildungs- und Tagungszentrum eine leistungsstarke Einrichtung mit 120 Betten, rund 40 Beschäftigten, einem sehr anerkannten pädagogischen Team, einer hochgeschätzten Küche und rund 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Jahr geworden.

Bereits zu vorhergehenden Jubiläen hat es Festschriften gegeben, in denen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort gekommen und Erinnerungen gesammelt worden sind. Darin spiegelt sich insbesondere die enge Bindung wider, die viele in der niedersächsischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie zu Springe haben. Für viele war ihre Zeit in Springe eine Zäsur in ihrer eigenen Bildungsgeschichte und beruflichen Entwicklung, ist die Heimvolkshochschule so etwas wie ihr zweites Zuhause geworden.

Zum 100-jährigen Jubiläum fügen wir nun eine weitere Schrift hinzu: eine wissenschaftlich fundierte Chronik. Mit Dr. Stephan Klecha konnten wir einen Wissenschaftler gewinnen, der dies nicht nur in Rekordzeit, sondern auch mit größter wissenschaftlicher Präzision erarbeitet hat. Der Zugewinn liegt aber nicht nur in der

systematischen Aufarbeitung einer Organisationsgeschichte. Die Chronik zeigt vielmehr, dass die Heimvolkshochschule exemplarisch für einen Kampf um Partizipation und non-formale (Erwachsenen-) Bildung in einer pluralen Gesellschaft steht.

Immer wieder gab es wirtschaftliche Krisen, Streit um die inhaltliche und strategische Ausrichtung, aber auch Fragen, ob und welche Rolle Springe in der niedersächsischen Erwachsenenbildungslandschaft und im Rahmen der Bildungsarbeit der sie tragenden Partnerorganisationen denn nun spielen sollte.

Zwei Stränge sind hier zusammenzuführen. Der erste ist die Tradition der Bildungsarbeit in der politischen und sozialen Arbeiterbewegung mit ihren Zielgruppen, Lernorten, Themen und Haltungen, die immer wieder als Teil von Praxis begriffen wurden und den jeweiligen Bedingungen angepasst, im Idealfall ihr vorausgehen konnten.

Der zweite Strang ist eng verknüpft mit der besonderen Struktur der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung in Niedersachsen, die maßgeblich durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften geprägt worden ist. So hatte sich die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg für die Einrichtung nicht nur von Volkshochschulen, sondern auch – nach skandinavischem Vorbild – von Heimvolkshochschulen zur Stärkung einer pluralen und demokratischen Gesellschaft eingesetzt. In einer zweiten Welle hatte die Sozialdemokratie, auch dies gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz 1970 und kurze Zeit später mit dem Bildungsurlaubsgesetz ein starkes Netzwerk non-formaler, öffentlich verantworteter Jugend- und Erwachsenenbildung durchgesetzt. Dabei ist es gelungen, eine Erwachsenenbildung zu etablieren, die gesellschaftlich verantwortet, aber doch frei und emanzipiert in ihrer Ausgestaltung sein soll. Diese Spielräume sind in Springe aufgegriffen und genutzt worden.

Doch nicht nur das: Springe war immer wieder auch ein Resonanzraum für die Weiterentwicklung der niedersächsischen Erwachsenenbildungslandschaft. Persönlichkeiten, die in Springe Verantwortung übernahmen, haben auch im Land Niedersachsen die Erwachsenenbildungslandschaft entscheidend geprägt. Beispielhaft und stellvertretend für viele sind der spätere IG Metallvorsitzende Otto Brenner

in der Zeit der SAJ, Erna Blencke und Heiner Lotze für die Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, Wolfgang Schultze für den Ausbau der Erwachsenenbildung in den 1970er Jahren, aber auch Marco Brunotte mit der erfolgreichen Initiative zur Wiedergründung der Landeszentrale für politische Bildung zu nennen.

Und heute? Trotz der multiplen Krisen in der Gesellschaft und trotz begrenzter Mittel für den öffentlichen Sektor steht die Heimvolkshochschule in Springe stabil da.

Heute sprechen die Rückmeldungen zu unseren Seminaren immer wieder von einem Rückzugsort, an dem man sich wohlfühlen, durchatmen und sich für das eigene politische Engagement stärken kann. Je rauer das gesellschaftliche Klima und der Gegenwind werden, umso mehr wird die freundliche und herzliche Atmosphäre hervorgehoben – Bildung hat ein Zuhause.

Menschen lernen und entwickeln sich gern gemeinsam. Orte für Gemeinschaft und gemeinsames Nachdenken werden gebraucht und eben auch angenommen. Ein solcher Ort ist Springe.

Herzlicher Dank gilt den Kooperationspartnern, mit denen wir seit vielen Jahren unseren Seminarbetrieb aufrechterhalten. Es sind die DGB-Gewerkschaften, vor allem IG Metall und Ver.di, die ihre Qualifizierungsarbeit für Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte mit uns durchführen. Zu bedanken habe ich mich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Mitgliederversammlung und dem Vorstand, vor allem bei meinem Stellvertreter Detlef Ahting, bei Tobias Gombert als Schulleiter sowie allen Beschäftigten, die durch ihre Arbeit und ihre Haltung hervorragende Rahmenbedingungen für erfolgreiche Lernprozesse gewährleisten.

Ein wichtiger Aspekt, der fast notgedrungen in Chroniken zu kurz kommt, ist, diejenigen in den Blick zu nehmen, die die eigentliche Arbeit leisten und täglich Einsatz zeigen: unsere Reinigungskräfte, die Haustechnik, die Küchen-Crew, die Verwaltung, unsere pädagogischen Kräfte. Und letztlich Tobias Gombert als Schulleiter. Sie erhalten und entwickeln letztlich die Schule und sorgen wesentlich für den Erfolg und dafür, dass engagierte Menschen gern zu uns kommen. Sie gaben und geben Springe ein unverwechselbares Gesicht.

August 2025

Einleitung

Die Organisationen der Arbeiterbewegung feiern ihre Jubiläen erstaunlich selten mit einem Bezugspunkt auf die 1920er Jahre. Wenn man von der 1919 gegründeten Arbeiterwohlfahrt, der 1924 entstandenen Büchergilde Gutenberg und der 1925 errichteten Friedrich-Ebert-Stiftung absieht, fällt auf, dass die Wurzeln der bis heute existenten Organisationslandschaft auch meist vor dem Ersten Weltkrieg liegen, wohingegen eine Kontinuität der Organisationen hingegen erst nach dem Zweiten Weltkrieg bruchfrei besteht. Eine Bezugnahme auf die 1920er Jahre hingegen ist selten, obwohl in jenen Jahren wesentliche Weichen gestellt wurden, ja vielfach erst Strukturen verstetigt wurden.

Die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) etwa gründete sich 1922 in der Folge des Zusammenschlusses von SPD und den Resten der USPD, dennoch taxiert die heutige Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken ihre Wurzeln eher auf das Jahr 1904, die Organisation selbst besteht aber in der heutigen Form so ohnehin erst seit 1947. Auch die Jungsozialisten nehmen 1904 als Bezugspunkt ihrer Jubiläumsfeiern, wiewohl sie eigentlich ein originäres Produkt der Weimarer Zeit sind und 1931 von der SPD sogar zwischenzeitlich aufgelöst wurden, mithin auch erst seit 1946 eine Kontinuität aufweisen.

Zeitungen, die einst zum sozialdemokratischen Unternehmensbereich gehörten oder immer noch dazugehören, weisen entweder eine stolze Tradition auf, die bis ins Kaiserreich zurückreicht, oder sie sind Gründungen aus der Zeit nach 1945. Häuser der SPD oder der Gewerkschaften, die in den 1920er Jahren erworben worden sind und noch heute von diesen genutzt werden, existieren eher wenige beziehungsweise sind nur noch selten in Besitz der Nachfolgeorganisationen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bezieht sich in seiner Organisationsgeschichte ebenfalls weit weniger auf die Bildung der

Dachverbände DGB¹, ADGB², AfA-Bund³ oder ADB⁴ in der Weimarer Republik, sondern nimmt wahlweise eher das Entstehen der Generalkommission 1890 oder eben die Schaffung des einheitsgewerkschaftlichen Daches auf Bundesebene 1949 für Jubiläumsfeiern zum Anlass.

Die Zwischenkriegszeit, genauer die Zeit vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten 1933, erscheint in Bezug auf die materialisierte Organisationsgeschichte daher fast als Terra incognita der Arbeiterbewegung. Dabei war sie die eigentliche Hochphase des sozialdemokratischen Milieus. Was zuvor nur in den industriellen Zentren existent war, entstand genau in dieser Zeit auch in vielen Mittel- und Kleinstädten und erreichte zunehmend den ländlichen Raum: Gewerkschaften wie Sozialdemokratie rollten während dieser Jahre ihre Organisationsstruktur und -kultur in die Fläche aus und verdichteten ihre Strukturen. Sie bauten eine Organisationslandschaft auf, die wahrlich von der Wiege bis zur Bahre reichte. Angefangen von der Kinderspeisung der Arbeiterwohlfahrt über den Arbeitersport bis hin zum Feuerbestattungsverein konnte sich die Lebenswelt vollumfänglich in den Organisationen der Arbeiterbewegung abspielen. Die sozialdemokratische Institutionenwelt beherbergte Einrichtungen für Freizeit, Urlaub, Einkaufen, Kultur, Gartenbau oder Wohnen.

Dass viele davon dieser Tage nicht das Centennial feiern, liegt im Jahr 1933 begründet. Der Nationalsozialismus zerstörte einiges oder okkupierte Dinge zum eigenen Zweck. Als der organisatorische Wiederaufbau dann nach 1945 anstand, war tatsächlich manche Traditionslinie abgerissen. Es wurden Einrichtungen anders organisiert. Man riss die vorherigen lebensweltlichen Trennlinien teilweise auch

1 Deutscher Gewerkschaftsbund meint in diesem Falle den christlichen Gewerkschaftsdachverband.

2 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund war der freigewerkschaftliche (sozialdemokratische) Gewerkschaftsbund.

3 Der Allgemeine freie Angestelltenbund vereinte die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände.

4 Allgemeiner Deutscher Beamtenbund war die freigewerkschaftliche Beamtendachorganisation.

bewusst ein, oder es hatten die räumlichen Rahmenbedingungen Veränderungen erzwungen – Millionen Flüchtlinge aus den früheren Ostgebieten durchmischten die zuvor stark versäulte deutsche Gesellschaft konfessionell, ideologisch und lebensweltlich. Deutschland war zudem in vier Besatzungszonen geteilt. In der sowjetischen lagen nun aber zahlreiche Orte, die vor 1933 eine zentrale Bedeutung für die Organisationen hatten. Die westdeutsche Arbeiterbewegung konnte wegen der Teilung daher nicht mehr auf die Bildungsstätten, Gewerkschaftszentralen oder Firmensitze zurückgreifen und musste sich vollkommen neu organisieren. Manche Einrichtungen fanden dadurch bestenfalls ideelle, aber keine direkten organisatorischen Nachfolger. Was im Osten noch vorhanden war, wurde durch den Staatskommunismus sowjetischer Prägung in den mehr als 40 Jahren der Diktatur aufs Neue zerstört, ebenso was von der sozialdemokratischen Zivilgesellschaft in den alten mitteldeutschen Hochburgen noch vorhanden war. Als dann 1989/90 die westdeutsch geprägten Arbeiterbewegungen ihr Organisationsgebiet auf ihre einstigen Hochburgen in Ostdeutschland erstrecken konnten, hatte man dann vielfach keine Verwendung mehr für marode Bildungsstätten oder sanierungsbedürftige Volkshäuser, sofern die alten Gebäude überhaupt noch existent waren.

Im Ergebnis begehen Organisationen aus dem Urschleim der Arbeiterbewegung ihre Jubiläen vorwiegend nach den Gründungsdaten der Vorläuferorganisationen des Kaiserreichs oder berufen sich auf ihren Gründungsakt nach 1945, beziehungsweise auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mitunter sogar erst auf die Zeit nach 1990.

Das ist beim Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe anders. Diese Einrichtung sieht sich in der Kontinuität zu den 1920er Jahren, weswegen sie ihren 100. Geburtstag 2026 begehen will, sie ist selbst dabei aber eigentlich auch erst ein Kind der Nachkriegszeit, entstand als Einrichtung erst 1950. Sie bezog damals indes Räume, die die Arbeiterbewegung schon in der Weimarer Zeit belegt hatte. Das vormalige Viktor-Adler-Heim ist das heutige Haupthaus der Heimvolkshochschule, in der gegenwärtig Verwaltung und Leitung, aber auch die Gastronomie der Einrichtung sitzen. Es war einst als sozialistisches Jugend- und Freizeit- später auch Bildungsheim der SAJ

gegründet worden. Trotz dieser Umwidmung von der Jugendarbeit zur Erwachsenenbildung nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht sich die heutige Einrichtung durchaus unmittelbar auf ihren Vorläufer und sieht sich in ihrer Geschichte insofern in historischer Kontinuität stehend. Freilich, so richtig sicher, wann man eigentlich feiern soll, war man sich auch in der jüngeren Vergangenheit nicht.

1975 feierte man den 50. Geburtstag, also nahm man Bezug auf das Jahr 1925, das Jahr des Grundstückserwerbs durch die SAJ. 26 Jahre später, 2001, feierte man dann den 75. Geburtstag und bezog sich auf ein Gründungsjahr 1926, wobei die Verschiebung um ein Jahr eher der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover geschuldet gewesen sein dürfte, denn einer wirklichen Herleitung folgte. 2016 beließ man es dann bei der Verschiebung der Bezugnahme auf das Jahr 1926 und beging den 90. Geburtstag. Hilfsweise bezog man sich bei den Feierlichkeiten aber auch auf das Gründungsdatum der Heimvolkshochschule und feierte 1990 dann 40 Jahre Heimvolkshochschule, wobei man es 1981 bei der 30-Jahr-Feier auch wieder nicht so genau nahm, musste die Feier damals doch irgendwie mit der Einweihung eines Erweiterungsbaus zusammenfallen.

Ob nun 2025 oder 2026, der 100. Gründungstag steht so oder so ins Haus, weswegen diese Schrift in Auftrag gegeben worden ist. Der Autor, der dem Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe durchaus freundschaftlich verbunden ist, stand also schon am Anfang seiner Überlegungen vor der Herausforderung, hier Licht ins Dunkel zu bringen, ohne darüber gleich die Geburtstagsfeier allzu sehr zu stören. Darüber hinaus soll eine Schrift vorgelegt werden, die wissenschaftliche Ansprüche an eine solche Organisationsgeschichte erfüllt und dennoch ein möglichst breites Publikum anspricht. Diesbezüglich wird ja geradezu erwartet, etwas Neues zu Tage zu fördern und vielleicht auch den einen oder anderen Skandal zu entdecken. Nun kann eine historische Arbeit letztlich nur Dinge offenbaren, die eigentlich bekannt sind, oder Fakten aufstöbern, die tradiertes Wissen infrage stellen. Das kann nun unter einer bestimmten Fragestellung neu oder überraschend sein, es muss aber vor allem geeignet sein, den Kontext herzustellen und Fakten und Fundstücke in die Zeitläufte einzubetten, also muss erst mal nüchtern beschrieben werden, was war.

Der nachfolgende Text versucht entsprechend, die Geschichte dieser Institution im Wesentlichen chronologisch zu erfassen. Besonders ist dabei die Tatsache, dass es heute die einzige letztlich erhaltene Einrichtung in Deutschland ist, in der Sozialdemokratie und Gewerkschaften an einem Ort so miteinander wirken, ja organisch verwoben sind und die zugleich über diese beiden Säulen der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft hineinwirkt. Das alleine macht eine Beschäftigung mit der heutigen Einrichtung in Springe ausgesprochen interessant.

Die Aufbereitung der Geschichte umfasst dabei vier verschiedene Ebenen. Die einzige dabei vollkommen kontinuierlich betrachtbare Ebene ist die Geschichte des Gebäudes, genauer des gesamten Areals des heutigen Bildungs- und Tagungszentrums, das heute aus sieben Gebäuden⁵, Frei- und Verkehrsflächen und etwas Wald besteht. Sie ist insofern die Konstante in der nachfolgenden Darstellung, in der sich die Wandlungen und unterschiedlichen Nutzungsformen am stärksten niederschlagen, aber auch Kontinuitäten über die Systembrüche hinweg am besten zu erkennen sind. Sie bietet dann eine fast ideologiefreie Betrachtungsweise, der auch nicht den kritischen Blick verstellt, den dann die zweite Ebene wesentlich stärker eröffnet.

Diese bezieht die Organisationen ein, welche das Haus institutionell prägen. Sie umfasst die Trägervereine und die in ihr beteiligten Organisationen. Da es um die 100-jährige Geschichte und letztlich zu pflegende Tradition der Bildungs- und Freizeitstätte geht, ist klar, dass die Zeit zwischen 1933 und 1945 beziehungsweise 1947 diesbezüglich in den Hintergrund tritt und als Fremdnutzung und Missbrauch des Hauses sowie Pervertierung seiner Ideale anzusehen ist. Diese normative Komponente ist zwangsläufig in dieser Darstellung erforderlich und sei hier bereits deutlich herausgestellt.

Die dritte Ebene umfasst die Personen, welche die Einrichtung in der Praxis geprägt haben. Heim- beziehungsweise Schulleitungen fällt dabei ein besonderes Gewicht zu, aber auch die Vereinsvorstände sind diesbezüglich von Interesse. Das schließt nicht aus, dass man den Blick auch auf die weiteren Lehrkräfte und die Kräfte in der

5 Das Bistro wird an dieser Stelle als eigenes Gebäude gezählt, man kann es aber auch als Anbau zum Viktor-Adler-Heim begreifen.

Verwaltung, der Hauswirtschaft oder Gastronomie wirft. Gerade die eigenen Festschriften der Heimvolkshochschule legten großen Wert darauf, sich derer zu erinnern, die als »gute Seelen« das Haus auch prägten,⁶ die als Küchenkräfte oder Kneipenwirte schlicht da waren und den Besuchern der Einrichtung eine Identifikation bei wiederkehrenden Besuchen ermöglichten. Diese Dimension soll keineswegs unterschätzt werden, wenn eine Gesamtdarstellung erreicht werden soll. Gleichwohl ist klar, dass ihr Anteil an der Fortentwicklung der inhaltlichen Ausrichtung des Hauses geringer ist als der der Entscheider im Haus.

Das führt zur vierten Ebene. Sie bezieht die Wandlungen ein, welche Bildung und Vermittlung von Inhalten, Lebensweisen und Haltungen im Laufe der Zeit gespielt haben.

Das alles ist in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext einzuordnen, der quasi den Rahmen darstellt. Im Interesse einer möglichst lebendigen Darstellung soll das nicht schematisch abgearbeitet werden. Die vier Ebenen skizzieren aber schon, wie das Material generiert worden ist, auf das sich diese Ausarbeitung stützt.

Die Literaturlage, wenn man so will der Forschungsstand, ist als eher überschaubar einzustufen. Zwei Schriften bieten jedoch einen guten Überblick. So hat die Heimvolkshochschule 1975 ihr 50-jähriges Jubiläum mit einer Festschrift verbunden (Heimvolkshochschule Springe e.V., o.J.), und 2001 hatte man das 75-jährige Bestehen mit einem Lesebuch gefeiert (Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe, 2001). Beide Werke sind graue Literatur, die verschiedene Facetten der Einrichtung aufzeigen, jedoch keinen Anspruch erheben, einen vollständigen, gar systematischen Abriss der Geschichte des Hauses darzustellen. Während die in den 1970er Jahren entstandene Schrift noch recht gründlich zentrale Eckdaten aufbereitet, ist das Lesebuch aus Anfang der 2000er Jahre eher ein Kaleidoskop verschiedener subjektiver Eindrücke. Beides legt über Geschichten, Anekdoten, Bezüge oder Personen Fahrten zu Teilaspekten, die hier

6 Die Heimvolkshochschule pflegte in diesem Zusammenhang gerade für die Hauswirtschaft »tüchtige Frauen« zu suchen, wie es im Wortlaut der Stellenanzeigen von den 1970er bis 1990er Jahren immer wieder hieß.

nun vorliegend zu einer Geschichte zusammengeführt werden. Beide Schriften stellen zudem Dokumentationen von Tagungen und Festveranstaltungen dar, die aus Anlass beider Ereignisse abgehalten wurden. 1975 bestand in diesem Zusammenhang sogar noch die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen, die in der Weimarer Republik bereits das SAJ-Heim erleben konnten.

Für die Analyse war es insoweit unumgänglich, sich auf einen relativ breiten Fundus von Materialien zu stützen. Graue Literatur aus neuerer Zeit sind die Management-Reviews der Schulleitung, die, einem Rechenschaftsbericht gleichkommend, bestimmte Entwicklungen dokumentieren. Auch diese standen für die vorliegende Darstellung bereit.

Mannigfaltig galt es, unerschlossene Archivalien zu sichten, sowohl im Bildungs- und Tagungszentrum selbst als auch bei Organisationen, die mit ihm verbunden sind. Dazu standen dem Autor das Privatarchiv des Hauses selbst, das Privatarchiv des SPD-Bezirks Hannover und das Privatarchiv von Arbeit und Leben Niedersachsen offen.

Im Archiv des Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe lagen unter anderem vollständig die Protokolle der Vorstandssitzungen⁷ und Mitgliederversammlungen⁸ des Trägervereins vor. Diese waren überaus ausführlich und ermöglichten eine Rekonstruktion von Veränderungen und Entscheidungen. Sie lenkten aber auch den Blick auf Konflikte zwischen den Trägern und innerhalb der Einrichtung selbst. Diesbezüglich sind jedoch die Details nicht immer ohne Hinzunahme weiteren Materials möglich. Teilweise ist es auch gar nicht möglich, alle Akteure, Interessen und Interaktionen vollständig zu rekonstruieren. Schließlich standen die Sitzungen des Vorstands wie der Mitgliederversammlung immer am Ende eines längeren Diskussions- und Aushandlungsprozesses. In diesem Fall hilft ein Rückgriff auf den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmen, aus dem heraus Positionen deduziert werden können, innerhalb dessen sich dann die Protokolle einpassen. Insoweit stellen die Protokolle des Vereins aber das Grundgerüst für die Geschichte nach 1950

7 Im Folgenden als Protokoll Vorstand zitiert.

8 Im Folgenden als Protokoll MV zitiert.

dar. Zu beachten ist dabei, dass die Arbeit des Vorstands vor allem die personellen wie wirtschaftlichen Entwicklungen widerspiegelte.

Das Privatarhiv des SPD-Bezirks Hannover ist auf den ersten Blick hin lückenhaft, was die Arbeit der Viktor-Adler-Heim GmbH angeht, des langjährigen Eigentümers des Grunds und Bodens. Dieses resultiert nur teilweise aus der Überführung der Unterlagen an die Konzentration GmbH. Der SPD-Bezirk hat nämlich die »politischen Unterlagen« behalten, also alle Angelegenheiten, welche den Vorstand angehen, wozu auch Kopien von Gesellschafterkorrespondenz, Weisungen an die Treuhänder und Ähnliches gehören. Aber auch Photographien des Gebäudes aus den 1970er Jahren und vom Umbau sind dort zu finden. Ansonsten war die Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg vergleichsweise irrelevant für die Steuerung und Entwicklung der Heimvolkshochschule Springe. Deutlich wird das etwa daran, als Ende der 1980er Jahre der Gesellschafterkreis erneuert wurde. Die dort versammelte Riege an Treuhändern – darunter seinerzeit Egon Franke, Helmut Kasimier und Kurt Partzsch – war seit den 1960er Jahren nahezu unverändert geblieben, war aus der Tagespolitik weitgehend ausgestiegen und zum Teil bereits in einem fortgeschrittenen Lebensalter. Kurzum, in der Gesellschaft selbst passierte bis dahin ausgesprochen wenig. Abgesehen von der pflichtschuldigen Abgabe des Geschäftsberichts, oftmals sogar unter Verzicht auf eine förmliche Gesellschafterversammlung, war auch in wirtschaftlicher Hinsicht wenig Berichtenswertes zu vermelden. Erst mit dem Umbau 2000 rückte die Viktor-Adler-Heim GmbH kurzzeitig ins Zentrum der Betrachtung. Hier standen aus jener Zeit dann auch Protokolle der Gesellschafterversammlungen oder Aktenvermerke zur Verfügung.⁹

Das Privatarhiv von Arbeit und Leben Niedersachsen lieferte für die Anfangsjahre des Hauses als Heimvolkshochschule einige Hinweise auf personelle Verflechtungen und Beziehungen, war ansonsten aber erstaunlich unergiebig. Das überrascht in Anbetracht der Tatsache, dass die Organisation an der Gründung des Hauses maßgeblich beteiligt war.

9 Im Folgenden als Protokoll VAH Gesellschafterversammlung zitiert, zu finden im Bestand Viktor-Adler-Heim: Gesellschafter.

In öffentlich zugänglichen Archiven (insbesondere Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Niedersächsisches Landesarchiv, Bundesarchiv und Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) waren Fragmente zur Geschichte der Einrichtung abgelegt, darunter einige Deposita, aber auch bislang nicht systematisch ausgewertete Quellen sowie gesperrte Bestände der SPD-Schatzmeisterei, für die eine Einsichtgenehmigung gewährt wurde. Sie ermöglichen eine Vertiefung einiger Aspekte, boten aber anders als die Protokolle keine vollständige Rekonstruktion von Abfolgen und Entwicklungen an.

Ergebnislos verliefen Recherchen zu den Gerichtsakten des Amtsgerichts Springe, die über die Enteignung des Gebäudes in den 1930er Jahren nähere Auskunft hätten liefern können. Allerdings fanden sich Aktenauszüge dazu in den Beständen des SPD-Bezirks Hannover im Archiv der sozialen Demokratie¹⁰ sowie im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Ohne Ergebnis blieb eine Recherche zur IG Chemie-Papier-Keramik¹¹, deren Bestände in der Bibliothek des Hauses zur Geschichte des Ruhrgebiets lagern. Dort waren ausgehend von der Findbuchauskunft des Hauses abseits von Teilnehmerlisten bei Seminaren keine relevanten Unterlagen zu finden, weswegen auf eine Sichtung verzichtet wurde.

Als recht beständige Quelle konnte die in Springe beheimatete Neue Deister-Zeitung sehr systematisch ausgewertet werden. Diese seit dem 19. Jahrhundert erscheinende Tageszeitung, die über ein fast vollständiges Onlinearchiv mit Volltextsuche verfügt, bot einige Artikel, die vor allem zahlreiche Entwicklungsschritte des Hauses von den 1920er Jahren bis in die Gegenwart dokumentieren. In einigen Phasen waren die Journalisten ausgesprochen gut informiert. Das gilt insbesondere für die Bauentwicklung des Gebäudekomplexes, aber auch für einige Personenkonstellationen im Haus. Daneben bieten kleinere Notizen, etwa über Veranstaltungen des Hauses, einen Einblick in die Wirkung, die das Haus auf die Stadt Springe zu entfalten versuchte.

10 Die Aktentektonik vermitteln den Eindruck, als habe sich die SPD in den Nachkriegsjahren sehr bewusst eines Teils der staatlichen Akten bemächtigt, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

11 Im Weiteren wird aus Gründen der Lesbarkeit nur IG Chemie verwendet.

Für die Bedeutung des Hauses in der Weimarer Republik galt es, die Literatur zur Sozialistischen Arbeiterjugend durchzusehen. Dazu verfasste Gesamtdarstellungen (Eberts 1981; Schley 1987; Walter 1987; Oberpriller 2004; Uellenberg-van Dawen 2014) hatten eine regionale Bildungsstätte wie das Viktor-Adler-Heim Springe gar nicht in den Blick genommen. Dank Auskünften des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick war es aber möglich, einige Zeitungsartikel aus der Zeit der Weimarer Republik zu erhalten. Durch die personellen Verflechtungen mit Personen wie Egon Franke oder Otto Brenner ließ sich zudem aus deren biographischen Materialien das eine oder andere Detail herausarbeiten und im Zusammenhang mit der Grundlagenliteratur kontextualisieren. Dazu war insbesondere die Literatur über das sozialdemokratische Milieu der 1920er Jahre eine wichtige Quelle. Die Bedeutung dieses Jahrzehnts für die Arbeit der späteren Heimvolkshochschule und des heutigen Bildungs- und Tagungszentrums Springe wirkt weit über diese Zeit hinaus. Die Arbeiterbewegung knüpfte ja nach 1945 an eine Reihe von Traditionslinien an. Manches, was in der Weimarer Republik zum Schisma der Strömungen führte, war nach 1945 wieder miteinander verbunden, sorgte im Endeffekt für einen produktiven Streit zur Programmatik und Strategiebildung, der dann in die volksparteiliche Werdung der SPD mit dem Godesberger Programm und in die Orientierung der gewerkschaftlichen Aktionsprogramme einmündete. Diesbezüglich war die Geschichte des Bildungs- und Tagungszentrums HVHS Springe ein Produkt dieser Rahmenhandlung, die entsprechend eingehend zu behandeln ist.

Aber auch die Jahre von 1933 bis 1945, in denen die Organisationen der Arbeiterbewegung verboten, ihre Funktionäre verfolgt, verschleppt, gefoltert und getötet wurden und das Haus in Springe für nationalsozialistische Zwecke okkupiert worden war, sollten in einer Darstellung, die wirklich 100 Jahre umfassen soll, nicht ausgeblendet werden oder auf das Ereignis der Enteignung und späteren Restitution reduziert werden.

Die Nachkriegsjahre waren aus mehreren Perspektiven zu erschließen. Hier standen an erster Stelle die Nutzung durch die SPD und die Gewerkschaften sowie die Eigentümerstruktur im Zentrum des

Interesses. Die komplizierte Besitz- und Eigentümerstruktur ist quasi geronnene Organisationsgeschichte, aber auch Ausdruck des komplexen Miteinanders beider Seiten. Sie legt aber auch den Blick auf die immer wieder angespannte finanzielle Situation offen, die zu Krisen und Richtungsentscheidungen geführt hat.

Inhaltliche Kurswechsel hat das Haus mehrfach vorgenommen: Von einer Jugendbildungsstätte zu einer Parteischule und dann zu einer Heimvolkshochschule, die sich von einer Einrichtung des zweiten Bildungswegs zu einer Institution des Bildungsurlaubs und dann zu einem Tagungshaus mit besonderer Nähe zu SPD und Gewerkschaften entwickelt hat. Das war stets mit personellen Veränderungen verbunden, die sich in der Person der Schulleitungen sicherlich am leichtesten periodisieren lassen, sich darin aber nicht erschöpfen. Ungeachtet dessen sind biographische Notizen, Unterlagen oder auch Zeitzeugengespräche mit den Personen von Belang, welche die Einrichtung prägen und geprägt haben. Letzteres wurde indes nicht als eigenes Quellenmaterial verwendet, sondern wurde genutzt zum Verständnis der gedruckten Quellen beziehungsweise zum Aufspüren entsprechender Quellen.

Schließlich spiegelt sich in der Geschichte der Einrichtung auch die Geschichte von Weiterbildungseinrichtungen wider. Literatur zur Geschichte der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit streift etwa die didaktischen wie strategischen Debatten, die im Umfeld der Schule abliefen und in den 1970er Jahren einen Höhepunkt fanden. Der Autor kann dabei auf eigene Vorarbeiten zur gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit (Klecha 2010) sowie diverse Materialien zur Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung aufbauen.

Prolog – die sozialdemokratische Milieuwelt der Weimarer Republik

Das Kriegsende und die Revolution im November 1918 schufen eine neue Welt für die Sozialdemokratie. Schon während des Ersten Weltkrieges bot der Burgfrieden der Arbeiterbewegung einen Zugang, um stärker als zuvor am Staatswesen teilzuhaben. In der Endphase des Krieges gelangte die SPD dann sogar erstmals in Regierungsverantwortung. Nach der Revolution waren die Sozialdemokraten dann zunächst die bestimmende Kraft in den Ländern und Kommunen sowie im Reich geworden. Sicherlich, das Schisma zwischen SPD und USPD, später dann zur KPD, wog schon schwer. Allerdings war das, verglichen mit den Herausforderungen, denen sich die junge Republik gleich ausgesetzt sah, nur ein Problem unter vielen.

Der Krieg hatte Teile der Gesellschaft verroht. Millionen Tote waren durch den Krieg und durch die in unmittelbarem Anschluss wütende Grippeepidemie zu beklagen. Die Familien der Hinterbliebenen lebten vielfach in prekären Verhältnissen. Tausende teils schwerst verwundete Kriegsteilnehmer erbaten Hilfe von Staat und Gesellschaft. Darüber lasteten die Reparationen und die Gebietsabtretungen auf der neu gegründeten Republik. Die am Ende unausweichliche Kriegsniederlage wollten konservative und nationalistische Kräfte ohnehin nicht akzeptieren. Sie verbreiteten Legenden über das im Felde angeblich ungeschlagene Heer und schoben die Schuld so der Republik und den sie tragenden Parteien zu.

Die Folgen des Ersten Weltkriegs waren eine kaum abzutragende Hypothek. Links- und Rechtsaußen akzeptierte man die neue parlamentarische, republikanische Staatsform nicht. Attentate gegen Republikaner, Diffamierungskampagnen gegen sozialdemokratische

Repräsentanten, Putschversuche und Aufstandspläne sowie Sezessionstendenzen im Süden und Westen des Landes und dazu die zwischenzeitliche Besetzung des Rheinlands wie des Ruhrgebiets durch die Siegermächte destabilisierten das Staatswesen von Anfang an. Wirtschaftliche Verwerfungen durch Inflation, zusammengebrochene Absatzmärkte und schließlich die Weltwirtschaftskrise mit nie da gewesener Massenarbeitslosigkeit höhnten die kaum gefestigte Demokratie aus und ließen das Land am Ende in die Diktatur taumeln.

Die sozialen Errungenschaften der Revolution, worüber die Sozialdemokraten die Republik ihrerseits auch legitimierten, waren nicht von langer Dauer. Weder hatte man die Ansätze einer wirtschaftsdemokratischen Teilhabe der Arbeiterschaft ausgebaut, es blieb bei einer vagen Zielbestimmung in der Weimarer Reichsverfassung und einem ersten Betriebsrätegesetz, noch konnten die materiellen Verbesserungen dauerhaft gesichert werden. Insbesondere der symbolträchtige achtstündige Arbeitstag wurde mehr und mehr infrage gestellt, die Regelungen aufgeweicht. Die letztlich kurzen Phasen der Regierungsbeteiligung der SPD auf Reichsebene und die länger währenden Regierungszeiten in den Ländern, vor allem in Preußen, konnten das nicht verhindern. Die SPD sah sich in den Koalitionsregierungen vielfach sogar gezwungen, das Gegenteil von dem zu tun, was sie zuvor erhofft, erträumt oder auch in den Wahlkämpfen versprochen hatte. Die ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen setzten einer sozialdemokratischen Reformpolitik dabei auch enge Grenzen. Zugleich war die Parteiführung wenig darauf vorbereitet, wie sie die Machtmittel wirksam einsetzen könnte. Bündnisse mit alten Eliten – sei es in der Phase der Demobilisierung mit der kaisertreuen Reichswehr oder auch der Pakt der Gewerkschaften mit der Kapitaleseite im Stinnes-Legien-Abkommen – waren an der Tagesordnung. Hinzu kam der konservative Apparat in den Verwaltungen der verschiedenen staatlichen Ebenen, der nur schwerlich die vorherigen Staatsfeinde als Träger des Staates akzeptieren konnte.

Die reformistisch eingestellte Arbeiterbewegung wollte den alten Klassenstaat nicht durch eine Diktatur des Proletariats ersetzen. Doch es fehlte ihr auch an einem Generalplan, wie sie die neuen

Freiheiten für ihre politischen Ziele vollumfänglich einsetzen könnte. Trotz vieler reformerischer Maßnahmen, die nach dem November 1918 in Kraft gesetzt wurden, blieben die Möglichkeiten der Revolution für eine soziale Neuordnung der Gesellschaft weitgehend ungenutzt. Vieles aus dem sozialdemokratischen Ideenfundus der vorhergehenden Jahrzehnte wurde in der Praxis sozialdemokratischer Regierungsteilhabe und in der Neugestaltung des Staatswesens faktisch sogar verworfen (Grebing 2007: 70).

Mit dem Staat, den man mitgeschaffen hatte und dessen demokratische Struktur die sozialdemokratische Arbeiterbewegung durchaus engagiert stützte, fremdelte das sozialdemokratische Milieu zugleich, fühlte sich weiterhin ausgegrenzt, ausgeschlossen und nicht beteiligt. Die Mühsal der Alltagsbewältigung, die ständigen Kompromisse in den Regierungen und die zahlreichen enttäuschten Hoffnungen, die ja zuvor über Jahrzehnte genährt worden waren, erzeugten im sozialdemokratischen Milieu selbst eine zivilgesellschaftliche Gegenbewegung. Nachdem schon im Kaiserreich eine bunte Landschaft an Vor- und Umfeldorganisationen entstanden war und die Arbeiterbewegung in Volkshäusern, Arbeiterkneipen oder Arbeiterbibliotheken niederschwellige Anlaufstellen vor allem im urbanen Umfeld besaß, wuchs dieses in der Weimarer Republik quantitativ und qualitativ weiter an. Es durchdrang vielfach auch den ländlichen Raum, vor allem, soweit er industriell und protestantisch geprägt war.

Die Republik schuf die notwendigen Voraussetzungen dafür. Durch die demokratische Grundordnung war der Staat grundsätzlich von seiner obrigkeitshörigen, monarchischen Struktur befreit. Was sich zivilgesellschaftlich entwickelte, stand nicht mehr unter dem Generalverdacht der Subversion. Entsprechend wurde kein sonderlicher Aufwand mehr betrieben, um über das Vereins- und Gesellschaftsrecht die Aktivitäten der Arbeiterbewegung zu überwachen oder rechtliche Rahmenbedingungen in diesem Sinne weiter zu verschärfen. Ungeachtet dessen wirkten einige zivilrechtliche Beschränkungen fort, weswegen die Finanz- und Vermögensstruktur der Arbeiterbewegung mit rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Einheiten, mit komplexen gesellschaftsrechtlichen Strukturen oder mit Treuhandmodellen weiterhin auskommen musste (dazu Boll 2002).

Dennoch gab es jetzt aber keine Hindernisse mehr, um die sozialdemokratischen Aktivitäten in kultureller oder sozialer Hinsicht in Form von Vereinen oder Gesellschaften formalisiert zu organisieren.

Was diesbezüglich zur positiven Integration des Arbeitermilieus in den neuen Staat beitrug, wurde jedoch zugleich genutzt, um sich negativ von selbigem abzugrenzen. Je bitterer die Rückschläge im politischen Alltag waren, je tiefer die Rückschläge in der Schaffung einer neuen Welt waren und je niederschmetternder die Bilanzen sozialdemokratischer Regierungsteilhabe ausfielen, desto heller strahlte die Welt des Sozialismus in der sozialdemokratischen Parallelwelt, die nach 1918 eben erst so richtig aufblühte (Grebing 2007: 81f.). Dort nutzte man die Freiheiten, die die Republik bot. Man grenzte sich demonstrativ von der konservativen Spießigkeit des Kaiserreichs ab, hielt Abstand von der militärischen Disziplin und der Obrigkeitsattitüde. Das spiegelte sich in alternativer Kleidung ebenso wider wie in der expressiven Freikörperkultur oder in der Ablehnung von Alkohol- oder Fleischkonsum (Walter 1986: 17ff.).

Die Arbeiterbewegung kokettierte insoweit mit einer Unbürgerlichkeit, suchte zugleich aber dezidiert Anschluss an Lebensstil und Lebensweise des Bürgertums. Diese Herangehensweise mündete darin ein, alles, was die bürgerliche Welt besaß, nunmehr auch der Arbeiterbewegung zugänglich zu machen: Sport, Kultur, Gartenbau, Ferien, Erholung oder Musik existierten nun flächendeckend auch in einer sozialdemokratischen Variante. Man studierte zum Frühstück die sozialdemokratische Tageszeitung, ging nach Feierabend in die Arbeiterkneipe, lernte zur Völkerverständigung mit Genossen Esperanto, verbrachte das Wochenende im Naturfreundehaus, das zuvor in Eigenarbeit der Ortsgruppe errichtet worden war, oder sang im Arbeitergesangsverein die alten Lieder der Väter und Großväter, die ihrerseits in Versammlungen als Veteranen der Bewegung vom Sozialistengesetz und den mühseligen ersten Kämpfen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen sprachen. Versichert war man selbstverständlich bei der Volksfürsorge. Literatur erwarb man bei der Büchergilde oder lieh sie in der Arbeiterbibliothek des Volkshauses aus. Man wohnte in Wohnungen, die zu einer von Arbeitern getragenen Genossenschaft gehörten und die sich durch einen im

Vergleich zu Mietskasernen leicht besseren Standard auszeichneten. Die Kinder besuchten den Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt, von der sich die hochbetagten Veteranen der Bewegung pflegen ließen. Die Kosten für die Beerdigung trug der Feuerbestattungsverein, in den man kurz nach der Jugendweihe eingetreten war. Eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft war mit Ende der Schulzeit obligatorisch und ein Eintritt in die SPD war vielfach die logische Konsequenz, nachdem man zuvor schon bei den Kinderfreunden oder in der SAJ aktiv gewesen war.

Dieses Milieu war zugleich mehr oder weniger stark abgeschottet gegenüber der nicht-sozialdemokratischen Welt, band bestenfalls bis Ende der 1920er Jahre noch die kommunistischen Weggefährten ein wenig im vorpolitischen Raum ein, bis diese ihrerseits mit der Sozialdemokratie radikal brachen und sie gemäß der Moskauer Vorgaben zu ihrem Hauptfeind erklärten.

Man wollte und man brauchte sich im sozialdemokratischen Milieu nicht mit der Attitüde der bürgerlichen Welt oder dem Klerikalismus des Katholizismus auseinanderzusetzen, die ihrerseits selbst in weitgehend geschlossenen Milieus agierten. Man kopierte gleichwohl alles, was die bürgerliche Welt vorlebte, und richtete es an den sozialdemokratischen Prinzipien der Solidarität und der Gleichheit aus. Gleichzeitig blieb man unter sich und hoffte, so die angestrebte bessere Welt im Milieu erfahrbar zu machen und sie so ein wenig vorwegzunehmen.

Gerade dort, wo die sozialdemokratische Prägung schon zuvor tiefe Furchen in der politischen Landschaft gezogen hatte, vertiefte und intensivierte sich die Arbeiterbewegung so als Kultur- und Solidargemeinschaft, die den vorpolitischen Raum umfänglich besetzte. Die schon in den 1880er Jahren vorhandenen Hochburgen der SPD wie Sachsen, Berlin, Hamburg, Lübeck oder eben auch Hannover boten den Rahmen, innerhalb dessen nun die Gesellschaft tief durchdrungen wurde.

Dazu gehörte auch die wichtiger gewordene Freizeitgestaltung. Der Achtstundentag, mochte er nach allerlei Regierungsentscheidungen im Verlauf der 1920er Jahre noch so löchrig sein, hatte für breite Massen so etwas wie Freizeit geschaffen. Weil aber gleichzeitig die

finanziellen Mittel in der Arbeiterschaft beschränkt blieben, konnte man kaum an kommerziellen Freizeitaktivitäten teilhaben. Also schuf man eine eigene Welt. Günstige Angebote in Landheimen sollten etwa der Arbeiterjugend einen Ausgleich von der immer noch harten Arbeit bieten.

Zugleich war die Lehre aus der als unzureichend empfundenen Revolution, dass man besser vorbereitet sein wollte für die nächste Umbruchsituation, mindestens aber für die künftige Mühsal der politischen Praxis. Was mit der SPD-Parteischule schon vor dem Krieg seinen Anfang genommen hatte und was sich viele Funktionsträger zuvor autodidaktisch angeeignet hatten, sollte nun professionalisiert und stärker systematisiert werden.

So begannen die Gewerkschaften wie auch die Sozialdemokraten, eigene Schulen einzurichten. In teils mehrwöchigen Internatskursen sollten die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus, der Klassenanalyse, der Tarifpolitik, der Strategiebildung und auch der reformerischen Lebenspraxis vermittelt werden. Vor allem war durch die Notwendigkeit, die neu entstandenen Betriebsräte angemessen zu schulen, bei den Gewerkschaften der Bedarf nach einer zweckbezogenen Bildung hoch (Wollenberg 1983). Die Metallarbeitergewerkschaft DMV richtete dazu Anfang der 1920er Jahre in Dürrenberg, einem beschaulichen Kurort in der Nähe von Leipzig, eine Internatschule ein. Seinen Höhepunkt fand dieser Prozess mit der im Stil des Bauhauses gebauten ADGB-Bundesschule, die 1930 in Bernau, an der Stadtgrenze zu Berlin, eröffnet wurde.

Die verschiedenen sozialistischen Strömungen im Umfeld der SPD setzten unterdessen darauf, das meist in der Volksschule gelernte basale Wissen um politisch nutzbare Aspekte und Deutungsmuster anzureichern. Manche Orte bekamen einen gewissen weihetvollen Charakter, wurden geradezu mythisch aufgeladen: Das Landerholungsheim Walkemühle im hessischen Melsungen war der Ort, an dem die Jünger des ethischen Sozialismus Leonard Nelsons geschult wurden. Jungsozialisten des rechten Flügels lauschten in Hofgeismar unterdessen den Vorstellungen von Ernst Niekisch oder Hermann Heller, wie diese ihre Sozialismuskonzeption im nationalstaatlichen Rahmen verwirklichen wollten.

Neben der zivilgesellschaftlichen Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung war auch das Staatswesen auf Bildungsreformen eingeschwenkt. Bedingt durch die Revolution 1918 hatten die Sozialdemokraten erstmals Zugang zu Landesregierungen oder kommunalen Verwaltungen erhalten und konnten nun auch Positionen im öffentlichen Dienst besetzen. Hier war Thüringen mit dem Aufbau von Volkshochschulen ein relevanter Ort. Flächendeckend entstanden entsprechende Einrichtungen, gefördert und unterstützt von der Landesregierung (Siemsen 1930: 336).

Bildungsstätten für die Weiterbildung lassen sich insofern auch als sozialdemokratische Errungenschaften der Weimarer Republik ansehen. Für die vorherige Arbeiterbildung stellte das eine gewisse Ambivalenz dar. Weil sich die staatlichen wie kommunalen Institutionen nunmehr stärker dafür materiell und institutionell engagierten und dort mitunter auch Sozialdemokraten an entscheidenden Stellen saßen, mussten die Organisationen der Arbeiterbewegung entscheiden, was sie selbst anboten und was sie fortan an öffentliche Institutionen »delegierten« (Wollenberg 1983: 201). Sehr weitreichend waren die kommunalen Kooperationen in Frankfurt und Hannover. In Frankfurt trugen Gewerkschaften und Stadt gemeinsam die Akademie der Arbeit. Die hannoversche Volkshochschule wiederum übernahm zentral die reichsweite Betriebsräteschulung für den Fabrikarbeiterverband (ebd.).

Die Volkshochschulen und vor allem die Heimvolkshochschulen wurzelten in dänischen und schwedischen Vorerfahrungen (Laack 1968: 12ff.; Olbrich 2001: 165). Sie waren dabei beileibe keine originär sozialdemokratischen Einrichtungen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts ging es in Skandinavien vor allem um die Erneuerung des Nationalgedankens. Der Theologe Nikolai Grundtvig (zur Person siehe Holm 2025) hatte schon in der Mitte der 1840er im nord-schleswigschen Rødding »Leben und Lernen unter einem Dach« in einer Heimvolkshochschule realisiert. Die Niederlage Dänemarks im deutsch-dänischen Krieg führte dann im Land zu einer regelrechten Gründungswelle an Heimvolkshochschulen (Laack 1968: 27).

Dort war der Gedanke an die Konsolidierung des Nationalstaats aber unmittelbar mit der demokratischen Grundordnung verbunden.